



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VIII/2024/00378**
Datum: 09.10.2024
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	30.10.2024	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	05.12.2024	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	10.12.2024	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	18.12.2024	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Kita „Kinderinsel“,

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Kita „Kinderinsel“, Friedrich-List-Straße 20 06110 Halle (Saale), über einen privaten Sicherheitsdienst absichern zu lassen.

gez. A. Raue
Fraktionsvorsitzender AfD-Stadtratsfraktion

Begründung:

Am 27.09. fand die erste Sitzung des Betriebsausschusses Eigenbetrieb Kindertagesstätten in der 8. Wahlperiode in den Räumlichkeiten der Kita „Kinderinsel“ statt. Bei der anschließenden Begehung der Kita schilderten die Leiterin und die Mitarbeiter, dass es seit dem Wiedereinzug in die Räumlichkeiten zu großen Problemen mit Drogendealern, Abhängigen und generell mit Kriminellen im Umfeld der Kita komme. Teilweise müssten die Kinder mit ansehen wie sich die Süchtigen im unmittelbaren Umfeld der Kita Spritzen setzen würden. Auch seien Mitarbeiter der Kita schon körperlich bedroht worden, Eltern hätten Angst ihre Kinder dort hinzubringen oder wieder abzuholen, weil sie unterwegs der Bedrohung oder Belästigung ausgesetzt seien. Es sei auch schon vorgekommen, dass Eltern ihre Kinder deswegen dort abgemeldet hätten und Mitarbeiter zu finden gestalte sich auch als immer schwieriger. Generell sei der Krankenstand bei den Mitarbeitern, wie bei vielen Kitas des Eigenbetriebes, sehr hoch.

Es folgte ein dringender Hilferuf der Kitaleitung Richtung Stadtrat. Auf die Frage was der Stadtrat tun könnte wurde der Wunsch nach einem konsequenteren Vorgehen der Polizei gegen Straftaten im Umfeld geäußert. Da der Stadtrat nicht für die Polizei zuständig ist wurde auch die Bereitstellung eines privaten Sicherheitsdienstes bereits als erste Maßnahme zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls geäußert. Ein privater Sicherheitsdienst ist nicht befugt gegen die Kriminalität im Umfeld vorzugehen, er kann aber dafür sorgen, dass Kinder, Eltern und Erzieher der Kita sich dort wieder sicherer fühlen. Dem soll der Antrag nachkommen.

Da die AfD-Stadtratsfraktion nicht in die Absprachen der anderen Fraktionen zum Haushalt eingebunden ist, wird der Antrag direkt in die Haushaltsberatungen eingebracht, in der Hoffnung diesem dringenden Anliegen eine entsprechende Gegenfinanzierung im Haushalt 2025 zukommen zu lassen.